

Übersicht

über die vom Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 20. Sitzung am 19.09.2013 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
1.	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.1.	Anerkennung der Tagesordnung		
1.2.	Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 18.07.2013		anerkannt
2.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 18.06.2013 auf Bericht der Verwaltung zum Thema: Hochwasserrisikomanagementplan	Kenntnisnahme	
3.	Umsetzung der Rettungsdienstbedarfsplanung für den Rhein-Sieg-Kreis hier: Sachstandsbericht	Kenntnisnahme	
4.	Mitteilungen und Anfragen		
4.1.	Unterwerfungserklärung der Europäische LizenzierungsSysteme GmbH (ELS)	Kenntnisnahme	
4.2.	Bekämpfung der Herkulesstaude im Rhein-Sieg-Kreis	Kenntnisnahme	
4.3.	Sonstiges		
	Nichtöffentlicher Teil		
5.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die in der 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz des Rhein-Sieg-Kreises am 19.09.2013 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:45 Uhr
Ort der Sitzung: Raum Rhein
Datum der Einladung: 10.09.2013
Einladungsnachtrag vom: ---

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron
 Frau Renate Becker-Steinhauer
 Herr Norbert Chauvistré
 Frau Brigitte Donie bis 17.05 Uhr
 Frau Hildegard Helmes
 Herr Michael Söllheim
 Herr Alfons Weißenfels

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht
 Herr Jürgen Kusserow
 Herr Jürgen Schulz
 Frau Susanne Sicher

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Lisa Anschütz
 Herr Ralf Langer
 Herr Martin Metz in Vertretung für Frau Edith Geske

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Klaus-Peter Smielick

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung

Herr Dr. Ing. Helmut Fleck ab 16.10 Uhr

Kreistagsabgeordnete Bürger für Meckenheim

Herr Hermann-Josef Nöthen bis 17.10 Uhr

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Raymund Schön

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Hanns Christian Wagner bis 17.00 Uhr

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Claus Müller

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Entschuldigt fehlten:Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Edith Geske

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Alwin Müller

Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Dr. Volker Boehm

Vertreter/-innen der Verwaltung:

Dezernent Christoph Schwarz
Ltd. KBOR Dr.-Ing. Helmut Hoffmann
KVD Bernd Zimmermann
KVOR Rainer Dahm
Ärztlicher Leiter Rettungsdienst Frank Riebandt
KVR Sibille Holzgreve
TA Helga Wenner
TA Norbert Kuhn
TA Sabine Lwowski
KOI Ulrike Steeger (Schriftführerin)

Gäste:

Frau Janina Gembruch (Rechtsreferendarin Dezernat 4)

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

1	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
---	---	--

1.1	Anerkennung der Tagesordnung	
-----	------------------------------	--

Vorsitzender Abg. Smielick eröffnete die 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz und begrüßte die Anwesenden. Er verwies auf die Einladung vom 10.09.2013 und stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Es wurde festgehalten, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 17.09.2013 zur Beseitigung des Springkrautes in den ausgewiesenen gewässernahen Erholungsgebieten der Sieg und des Rheins erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 15.11.2013 behandelt werde.

Einwendungen gegen die Tagesordnung wurden nicht erhoben. Die Tagesordnung gilt somit als anerkannt.

1.2	Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 18.07.2013	
-----	---	--

Einwendungen wurden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

2	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 18.06.2013 auf Bericht der Verwaltung zum Thema: Hochwasserrisikomanagementplan	
---	--	--

Im Rahmen einer Präsentation erläuterte TA Kuhn den derzeitigen Sachstand zum Hochwasserrisikomanagement im Kreisgebiet.

(Hinweis der Schriftführerin: Die Unterlagen der Präsentation können im Internet unter www.rhein-sieg-kreis.de → Bürgerservice → Kreistagsinformationssystem eingesehen werden).

Abg. Schulz fragte nach Sanktionen gegen Anwohner, die durch unrechtmäßige Baumaßnahmen Bachläufe eingengt hätten, wodurch das Hochwasserrisiko erhöht würde. TA Kuhn führte hierzu aus, dass in einigen Fällen ordnungsbehördliche Verfahren eingeleitet worden seien. Diese hätten zum Ziel, die unzulässigen Anlagen zu beseitigen. Allerdings müsse dafür ein erheblicher Verwaltungsaufwand betrieben werden.

Auf Nachfrage des SkB Schön bestätigte TA Kuhn, dass die Hochwasser-Gefahren-/Risikokarten auf der Grundlage eines Niederschlagsabflussmodells erstellt worden seien. Ein Niederschlagsabflussmodell stelle dar, was und wie viel bei einem Starkregen von einer bestimmten Fläche abfließe. Dies hänge von unterschiedlichen Faktoren wie Gefälle, Bodengüte und Bepflanzung ab. Mittels eines Niederschlagsabflussmodells seien von der Bezirksregierung für bestimmte Flächen konkrete Berechnungen angestellt worden. Auf dieser Grundlage seien dann die Hochwasser-Gefahren-/Risikokarten erstellt worden.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

SkB Schön regte an, im Rahmen des Hochwasserrisikomanagements verstärkt darauf hinzuwirken, dass die Böden mehr Niederschlagswasser aufnehmen, um so die Abflussmenge zu reduzieren.

Vorsitzender Abg. Smielick erwähnte ergänzend hierzu die zunehmende Zahl der Anbauflächen für Mais. Diese seien insbesondere dann problematisch, wenn sie zu dicht an Wohngebieten angrenzen.

Abg. Metz regte an, eine Kontrolle der Gewässer via Luftbild in Betracht zu ziehen. Des Weiteren verwies er auf die zahlreichen Zuständigkeiten und Bereiche, die im Sinne einer vorausschauenden Hochwasserprophylaxe zu koordinieren seien.

Abg. Nöthen erkundigte sich nach den Zuständigkeiten für die diversen Gewässer. Ferner regte er eine Reinigung der Gullys bereits im Frühjahr an, damit diese uneingeschränkt aufnahmefähig seien. Er wies darauf hin, dass die Bachläufe regelmäßig gepflegt und sauber gehalten werden müssten, damit z. B. dort befindliches Totholz nicht zu einer Aufstauung des Gewässers beitragen könne.

Zu den Zuständigkeiten hinsichtlich der Gewässerunterhaltung erläuterte Dezernent Schwarz, dass für die kleineren Fließgewässer die Städte und Gemeinden zuständig seien. Diese könnten wiederum einen Zweckverband gründen, um die Unterhaltung der Gewässer gemeinsam zu betreiben. Ein Beispiel hierfür sei im rechtsrheinischen Bereich der Wasserverband Rhein-Sieg-Kreis. Linksrheinisch gebe es auch einige kleinere Wasserbände, die z. T. nur für die Unterhaltung eines einzigen Gewässers zuständig seien.

Abg. Anschütz äußerte sich besorgt darüber, dass es in der Vergangenheit schon mehrfach Anläufe zur Hochwasserbekämpfung gegeben habe, die offenbar in Vergessenheit geraten seien. Es habe den Anschein, dass wieder ganz von vorn begonnen werde, anstatt die seinerzeit gesteckten Ziele und Maßnahmen weiterzuführen. Weiterhin erkundigte sie sich nach dem Siegaukonzept.

Dezernent Schwarz führte zu dem von der Abg. Anschütz angesprochenen Siegaukonzept aus, dass es sich hierbei um ein Gewässer in der Zuständigkeit der Bezirksregierung handele. Die aktuelle Problematik liege jedoch bei den kleinen Fließgewässern. Hier seien die Kommunen und der Kreis unmittelbar gefordert.

Vorsitzender Abg. Smielick stellte die Frage, ob es für jede Kommune ein Konzept der Gefahrenabwehr gebe.

TA Kuhn erläuterte hierzu, dass die Erarbeitung der Hochwasser-Risikomanagementplanung ein gemeinschaftliches Projekt sei, an dem die Kommunen, der Kreis, die Verbände und die Bezirksregierung beteiligt seien. Es gebe aber auch diverse Eingriffsmöglichkeiten wie z. B. eine vernünftige Bauleitplanung, die Fließwege beachte und Gewässern ihren Raum gebe.

SkB Langer wies darauf hin, dass es aufgrund alter Bebauungspläne immer noch Genehmigungen für Bauvorhaben in Hochwasserrisikozonen gäbe. Er stellte die Frage, inwieweit der Rhein-Sieg-Kreis auf diese Bauleitplanungen Einfluss nehmen, um künftige Schadensereignisse zu verhindern.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Dezernent Schwarz gab zu bedenken, dass in den von SkB Langer genannten Kommunen im Siebengebirge nicht so sehr die aktuellen Bauvorhaben ursächlich für Hochwasserschäden seien, sondern vielmehr die bereits bestehenden Bauten aus den 1970er Jahren. Damals seien Belange des Hochwasserschutzes unzureichend berücksichtigt worden. Für die Behebung dieser Baufehler sei die jeweilige Kommune verantwortlich. Letztlich könne kein absoluter Schutz gewährleistet werden. Vielmehr gelte es, die einzelnen Anwohner hinsichtlich individueller Schutzmaßnahmen beratend zu unterstützen.

Abg. Albrecht stellte die Frage, ob die von der Bezirksregierung bereits im Frühjahr 2011 abgeschlossene Bewertung von signifikanten Risiken nicht im Lichte der jüngsten Starkregenereignisse neu bewertet werden müssten. Ltd. KBD Dr. Hoffmann teilte hierzu mit, dass der Rhein-Sieg-Kreis der Bezirksregierung die neuesten Erkenntnisse mitgeteilt habe in der Erwartung, dass diese übernommen würden.

3	Umsetzung der Rettungsdienstbedarfsplanung für den Rhein-Sieg-Kreis hier: Sachstandsbericht	
---	--	--

Vorsitzender Abg. Smielick verwies hierzu auf die Vorlage der Verwaltung.

KVOR Dahm erinnerte daran, dass vor ca. einem Jahr die Rettungsdienstbedarfsplanung umfänglich fortgeschrieben worden sei. Zu deren Realisierung stünden 35 Maßnahmen und Projekte an. Um die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen, sei eine Projektgruppe bestehend aus Mitarbeitern des Fachamtes, des Amtes für Organisation und Zentrale Steuerungsunterstützung, der Abteilung Zentrale Gebäudewirtschaft sowie des Rechtsamtes gebildet worden.

Außerhalb der Verwaltung sei zur fachplanerischen Unterstützung das Planungsbüro Dr. Schmiedel aus Bonn beauftragt worden. Bezüglich der speziellen ausschreibungsrechtlichen Thematiken sei ein darauf spezialisiertes Anwaltsbüro aus Berlin beauftragt worden.

KVOR Dahm nahm hinsichtlich des aktuellen Themas „Ausschreibung“ Bezug auf die umfangreiche Vorlage.

Es gebe auf EU-Ebene derzeit Bemühungen, die Rettungsdienste aus dem Europäischen Vergaberecht herauszunehmen. Sollte dies erfolgen, so müsse sowohl die maßgebliche Bundes- als auch die Landesgesetzgebung entsprechend angepasst werden. Offen sei in diesem Zusammenhang, ob zusätzlich zu der klassischen Notfallrettung auch der qualifizierte Krankentransport von den Änderungen betroffen sei. Derzeit bestehe jedoch die rechtliche Verpflichtung, die Vorbereitung für ein Ausschreibungsverfahren weiter fortzuführen.

Momentan finde eine umfangreiche Bestandsaufnahme statt, um alle Aspekte des Rettungsdienstes erfassen und bei der Ausschreibung berücksichtigen zu können. Dies werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Bei der Ausschreibung würden ebenso Kriterien einfließen, die über die Belange des Rettungsdienstes hinausgingen. So müssten auch für den Katastrophenschutz ausreichende Ressourcen, die derzeit durch überwiegend ehrenamtliche Mitarbeiter gesichert seien, berücksichtigt werden. KVOR Dahm stellte ausdrücklich klar, dass bei der Ausschreibung vorrangig Qualitätskriterien Berücksichtigung fänden.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Zu der Ausweitung der Rettungsmittelvorhaltung führte KVOR Dahm aus, dass zum 01.05.2013 eine provisorische (Container-)Rettungswache in Much in Betrieb genommen worden sei. Dies deshalb, weil die fachlichen Voraussetzungen so ausgelegt seien, dass der Versorgungsbereich Much eine eigene Wache erfordere. Es handele sich hierbei um eine Übergangslösung, die durch das Ausschreibungsrecht gedeckt werde. Die Dauer dieses Provisoriums sei jedoch mit 12 bis 15 Monaten befristet; danach müsse mittels einer Ausschreibung eine dauerhafte Lösung gefunden werden.

Ebenso werde ab dem 01.10.2013 in Bornheim eine provisorische Rettungswache in Betrieb genommen, da die dortige Rettungswache für die notwendige Bereitstellung weiterer Rettungsfahrzeuge zu klein sei. Darüber hinaus habe sich aufgrund der Fallzahlen die Notwendigkeit eines Notarztstandortes ergeben. Dem werde nun ebenfalls als Übergangslösung durch eine Containererweiterung Rechnung getragen. Auch diese Maßnahme sei auf etwa ein Jahr befristet.

Hinsichtlich der Rettungswachen in den anderen Kommunen verwies KVOR Dahm auf die Vorlage.

Zu der Rettungswache Hennef führte er aus, dass dort für eine neue Rettungswache ein Grundstück im Gewerbegebiet „Kleinfeldchen“ vorgesehen sei. Ein Baubeginn sei noch nicht absehbar, da zunächst die Erschließung gesichert werden müsse.

Für die Rettungswache Troisdorf müsse ein Feuerwehrgebäude auf dem Gelände der ehemaligen Dynamit Nobel AG umgebaut werden, um dort zwei Rettungstransportwagen unterbringen zu können.

In Königswinter müsse die Rettungswache Ittenbach saniert und erweitert werden, um dort einen zusätzlich notwendigen Rettungstransportwagen unterbringen zu können. Der Rat der Stadt Königswinter habe mittlerweile entschieden, den Rettungsdienst in eigener Regie fortzuführen.

Auf Nachfrage des SkB Schön erläuterte KVOR Dahm, dass ein potentieller Bieter für den Fall eines Ausschreibungsverzichts auf rechtliche Mittel aus dem Vergaberecht zurückgreifen könne, um eine ordnungsgemäße Vergabe zu erzwingen. Er könne z. B. eine sogenannte Vergaberüge erteilen. Im Weiteren könne er ein Nachprüfungsverfahren bei der Vergabekammer anstrengen, bei dem der Verstoß gegen das Vergaberecht geltend gemacht werden könne. Auch müsse in einem solchen Fall mit einer Schadensersatzklage gerechnet werden.

KVOR Dahm stellte auf Nachfrage der Abg. Helmes klar, dass sich die Befristung der Containerlösungen sowohl in Bornheim als auch in Much auf die personelle Besetzung der Rettungswachen beziehe und nicht auf die bauliche Lösung.

4	Mitteilungen und Anfragen	
4.1	Unterwerfungserklärung der Europäische LizenzierungsSysteme GmbH (ELS)	

Abg. Albrecht stellte die Frage, warum der Ausschuss über diese Unterwerfungserklärung nur nachrichtlich informiert werde. Dezernent Schwarz erklärte, dass in vorliegendem Fall eine freiwillige Unterwerfung unter die bereits bestehende Abstimmungsvereinbarung stattgefunden habe.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
4.2	Bekämpfung der Herkulesstaude im Rhein-Sieg-Kreis	

KVD Zimmermann nahm Bezug auf die Vorlage der Verwaltung und führte hierzu aus, dass die Maßnahmen aus Sicht des Rhein-Sieg-Kreises eine überregionale Abstimmung erforderten. Die Bezirksregierung habe die Federführung in der Angelegenheit übernommen, so dass weitere Schritte abzuwarten seien.

Nach Insolvenz des bisherigen Trägers habe die Verwaltung bewusst im Sinne einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme erneut einen sozialen Träger mit der Durchführung der Beseitigungsmaßnahme beauftragt. Jedoch sei der Vertrag nach einiger Zeit einvernehmlich wieder gelöst worden, weil die ordnungsgemäße Erfüllung mit dem vorhandenen Personal nicht möglich gewesen sei. Der Abschluss der Maßnahme sei letztendlich durch einen professionellen Anbieter durchgeführt worden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Abg. Smielick bestätigte KVD Zimmermann, dass der zur Verfügung stehende finanzielle Rahmen ausgeschöpft worden sei. Ferner erklärte er, dass aufgrund des Zeitdrucks letztendlich nur die Samenträger, statt wie bisher die vollständige Pflanze, entfernt und vernichtet worden seien.

Die Frage des Abg. Söllheim nach dem Erfolg der Maßnahme beantwortete KVD Zimmermann damit, dass der gewünschte Effekt darin bestehe, von Jahr zu Jahr weniger Aufwand für die Beseitigung der Pflanzen betreiben zu müssen. Dies funktioniere jedoch nur, wenn die Anrainer flussaufwärts die gleichen Maßnahmen betrieben und überregional zeitnahe Entscheidungen getroffen würden.

Abg. Anschütz stellte fest, dass z. B. im Bereich der oberen Sieg im Naturschutzgebiet noch keine Herkulesstauden beseitigt worden seien, so dass deren Samen flussabwärts transportiert würden. Sie halte es daher für sinnvoll, die Beseitigungsmaßnahmen entsprechend der Fließrichtung der Sieg zu koordinieren.

KVD Zimmermann warnte ausdrücklich davor, im Rahmen von kommunalen Einzelmaßnahmen die Beseitigung der Pflanzen vorzunehmen, da diese im hohen Maße gesundheitsschädlich seien. Seitens des Rhein-Sieg-Kreises gebe es daher keine Aufrufe an die Öffentlichkeit, sich an der Beseitigung der Herkulesstaude zu beteiligen.

TA Lwowski führte aus, dass mit der Beseitigungsmaßnahme grundsätzlich am Oberlauf der Sieg begonnen werde. Dieses Jahr sei es aber zu Verzögerungen aufgrund der im Vorfeld genannten Problematik mit dem Auftragnehmer gekommen. Auf Nachfrage der Abg. Anschütz stellte TA Lwowski klar, dass ein Erfolg der Maßnahme nicht schon nach 2 bis 3 Jahren erkennbar sei, da sich noch viel Samenpotential im Boden befinde und auch viele Samen aus dem Flussoberlauf in das Kreisgebiet transportiert würden. Einige Flussanrainer am Oberlauf der Sieg hätten erst viel später und auf Drängen des Rhein-Sieg-Kreises mit der Beseitigung der Herkulesstaude begonnen. In Rheinland-Pfalz werde dabei auch mit Herbiziden gearbeitet. Wenn dies mit Fachwissen und Augenmaß geschehe, handele es sich um eine effiziente Vorgehensweise, mit der nachhaltig Erfolg zu erzielen sei.

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
4.3	Sonstiges	

Vorsitzender Abg. Smielick bat die Verwaltung darum, in einer der nächsten Sitzungen bezüglich der Landschaftsplanung „Obere Siegmündung“ über den aktuellen Sachstand zu berichten. Dezernent Schwarz wies darauf hin, dass es derzeit nichts Neues zu berichten gebe. Er werde aber den Ausschussmitgliedern das Protokoll der letzten Sitzung der Arbeitsgemeinschaft zur Verfügung stellen.

(Hinweis der Schriftführerin: Das Protokoll der AG-Sitzung vom 04.07.2013 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. Die dazugehörige Präsentation ist im Internet unter www.rhein-sieg-kreis.de → Bürgerservice → Kreistagsinformationssystem einsehbar.)

Ende des öffentlichen Teils

20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 19.09.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

5	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Hierzu gab es keine Wortmeldungen.

Klaus-Peter Smielick
Vorsitzende/r

Ulrike Steeger
Schriftführer/in